

Michael Paetau

Ehrung für Hindenburg – wie lange noch?

In mehreren deutschen Städten finden derzeit Kampagnen statt, deren Ziel die Umbenennung von Straßen und Plätzen ist, die nach dem früheren deutschen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg benannt sind. Das hat den Vorteil, dass klärende geschichtspolitische Kontroversen über eine engere Fachwelt hinaus in einer breiteren Öffentlichkeit ausgetragen werden. Michael Paetau über die Auseinandersetzung in der Bundesstadt Bonn.

Es war eine skurrile Situation, die sich den zahlreichen Besuchern auf der Tribüne des Bonner Ratssaals am Abend des 5. Juli 2012 darstellte. Im »Ausschuss für Bürgerbeteiligung« des Rates der Stadt Bonn wurde über einen Antrag des Vereins *Wissenskulturen e.V.* debattiert, der gefordert hatte, Paul von Hindenburg die ihm 1933 verliehene Ehrenbürgerwürde der Stadt Bonn abzuerkennen und sowohl den Hindenburgplatz als auch die Hindenburgallee umzubenennen. Dem Antragsteller hatte man zuvor »Rederecht bei Bedarf« zugesichert. Als dieser jedoch seinen Bedarf artikuliert, sich nicht nur mit einem kurzen Einleitungsstatement zu begnügen, sondern auch auf das eine oder andere in der Debatte geäußerte Argument einzugehen, wurde ihm das Wort entzogen. Fragen seien nur vom Ausschuss an die Bürger erlaubt, nicht etwa umgekehrt. Dass ein Bürger sich mit Fragen an die Fraktionen wende, sei nun mal nicht vorgesehen. Eine interessante Argumentation für einen Ausschuss mit der offiziellen Bezeichnung »Ausschuss für Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.«

Der Verein *Wissenskulturen e.V.* befasst sich mit Fragen, wie Gesellschaften mit ihrem Wissen umgehen, wie in bestimmten historischen Phasen die Erzeugung, die Verbreitung, die Speicherung und der Zugang zu Wissen reguliert wird. Dazu gehören folglich auch Fragen nach dem kulturellen und historischen Gedächtnis. Wie wird entschieden, welches Wissen erinnert und welches vergessen wird? Die Person Paul von Hindenburgs steht für die Merkwürdigkeiten des kulturellen Gedächtnisses in Deutschland, dafür, dass sich jemand trotz seines verhängnisvollen Wirkens nach wie vor einer hohen Ehrerbietung erfreut. Hierin kommt – wie der Verein *Wissenskulturen* meint – ein oberflächlicher und einseitig vergessender Umgang mit Geschichte zum Ausdruck, der aus verschiedenen Gründen nicht hinzunehmen ist.

Insbesondere nicht für eine Stadt wie Bonn. Denn als Bundesstadt und als internationale UNO-Stadt hat Bonn eine besondere Verpflichtung, *reflektiert* mit ihrer Geschichte umzugehen. Und dazu hat sie sich auch öffentlich bekannt. Im Jahre 2009 wurde im Rat der Stadt eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen verabschiedet, in der es u.a. heißt: »Wir gehen entschieden gegen Gewalt, Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus vor. Dazu unterstützt unsere Stadt die Bildungsarbeit (...) und die Durchführung von Aufklärungsmaßnahmen.«¹ Wie passt diese Erklärung zu der fortdauernden Ehrung für Paul von Hindenburg?

Viele Bonner Bürger sehen in Hindenburg keine Symbolfigur für das interkulturelle Selbstverständnis Bonns. Er ist kein Symbol für *Gewaltfreiheit*. Im Gegenteil, er steht für Gewaltanwendung und Krieg. Er hat beispielsweise alle Bestrebungen, Ende 1916 zu einer Friedenslösung zu kommen, torpediert,² den uneingeschränkten U-Boot-Krieg befürwortet und auch gegen die Bedenken der zivilen Reichsregierung durchgesetzt. Dass damit der Eintritt der USA in den Krieg provoziert wurde, kommentierte Hindenburg lapidar mit »Viel Feind, viel Ehr«.³ Als

1 [http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergerdienste_online/buergerservice_a_z"/01642/index.html?lang=de](http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/buergerdienste_online/buergerservice_a_z)

2 »Zähne zusammengebissen, kein Wort eher vom Frieden bis die blutige Arbeit vollendet ist« (zit. bei: Pyta, Wolfram, 2007: *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*. München, S. 289)

3 ebd. S. 238

bereits abertausende von Soldaten in den verschiedenen Materialschlachten an der Westfront ihr Leben ließen, formulierte Hindenburg zynisch: »Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur«.

Der Name Hindenburg ist auch kein Symbol für *Völkerverständigung*. Im Gegenteil, er steht für Chauvinismus und hemmungslosen Annexionismus.⁴ Um die deutsche Kriegswirtschaft mit Arbeitskräften zu versorgen, ließ er belgische Arbeiter nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportieren und leistete damit einen Beitrag zur »Totalisierung des Krieges«⁵ Und der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk, der dem revolutionären Russland von Deutschland aufgezwungen wurde, war anregendes Anschauungsmaterial für das ein Jahr später in Versailles von den Entente-Mächten gegenüber Deutschland praktizierte Verfahren.

Hindenburg steht auch nicht für *Demokratie*. Im Gegenteil, er hatte noch im Weltkrieg versucht, die Formen militärischer Führung auf die zivile Politik zu übertragen und plädierte sogar für eine Kommandowirtschaft nach militärischem Vorbild.⁶ Er ignorierte den gesellschaftlichen Pluralismus und träumte von einem »völkischen Staat«, einer „Volksgemeinschaft“, in der die gesellschaftlichen Interessengegensätze zurücktreten müssen gegenüber der Einheit des Volkes und der Nation.⁷ Aus seiner Ablehnung der Weimarer Republik machte er keinen Hehl. Wider besseres Wissen brachte er die »Dolchstoßlegende« mit in Umlauf, mit dem Ziel, die politischen Träger der ersten deutschen Republik zu diskreditieren. Den Kapp-Putsch 1920 kommentierte er mit den Worten: »So sehr ich mit dem Herzen dafür war, so wenig konnte ich es mit dem Verstand sein. Mehr Schade wie Nutzen ist die Folge. Traurig!«⁸ Und bereits unmittelbar nach seiner ersten Wahl zum Reichspräsidenten 1925 sagte er, »dass die Weimarer Verfassung nun einmal da sei und von ihm beachtet werden müssen, dass er sie aber keineswegs als Dogma betrachte und ihren Abbau (sic!) etappenweise ins Auge fasse«.⁹

Der Name Hindenburg steht auch keineswegs für die Ablehnung von *Rechtsradikalismus*. Im Gegenteil, das oft gezeichnete Bild, Hindenburg sei eigentlich ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen, ist ein Zerrbild. Sein Projekt »Volksgemeinschaft« setzte die Ausschaltung aller »internationalistisch« ausgerichteten Kräfte voraus. Hindenburgs Einheitsgedanke war immer durchdrungen von der Basisunterscheidung Deutsch/Nicht-Deutsch. Eine derart definierte Einheit war Hindenburg zufolge nur dadurch herzustellen, dass die zerstrittene politische Rechte in Deutschland unter einem charismatischen Führer zusammengeführt wird. Nachdem seine Wunschlösung der Wiederherstellung des Kaiserreiches nicht mehr umsetzbar schien, freundete er sich immer mehr mit dem Gedanken an, dies über einen *Kanzler Hitler* umzusetzen. Bereits bei der letzten Reichstagswahl im März 1933 ließ sich Hindenburg mit Hitler gemeinsam auf Wahlplakaten der NSDAP abbilden, die zur Wahl der NSDAP aufriefen. 1933 unterschrieb er das Ermächtigungsgesetz,¹⁰ welches Hitler mit diktatorischen Vollmachten ausstattete und das Ende der ersten deutschen Republik bedeutete. Die Charakterisierung Hindenburgs als »Brückenfigur«, die politisch zwischen der preußischen Monarchie und dem Dritten Reich angesiedelt ist und die

4 »Wir müssen soviel Gebiete beanspruchen ... wie wir zur militärischen Verbesserung unserer Grenzen und zur Erringung wirtschaftlicher Vorteile brauchen« (zit. bei Pyta S. 209).

5 vgl. Pyta 2007, S. 209)

6 Vgl.: ebd. S.248

7 Auf dieses »Projekt Volksgemeinschaft« (Pyta 2007, S. 503 ff., 543 ff., 582) waren alle politischen Interventionen Hindenburgs ausgerichtet. So beispielsweise bei der Berufung geeigneter Reichskanzler und – nach 1931 – der Zusammensetzung der Präsidialkabinette, mit denen er den Einfluss der Parteien und des Parlaments ausschalten wollte. Die Idee einer Volksgemeinschaft sollte zwar auch die Arbeiterklasse einschließen, konnte aber nach Hindenburgs Meinung nur realisiert werden, wenn der »verderbliche Einfluss der Linksparteien« auf die Arbeiter zerschlagen wird (Pyta S. 503). Das konnte Hindenburg selbst aber - auch mit den ab 1930 regierenden Präsidialkabinetten - nicht vollziehen. Erst durch die Berufung von A. Hitler, der genau diese Idee aufgriff und damit Hindenburg zu beeindrucken versuchte (vgl. Pyta S. 503), konnte dieses Werk dann durchgezogen werden.

8 Hindenburg an Bartenwerffer, 15. April 1920, zit. bei Pyta 2007, S. 451.

9 zit. bei: Pyta S.486

10 »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« v. 28.2.1933

Weimarer Republik beseitigen wollte, zeigt sich auch deutlich in seinem Testament: »Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan«¹¹. Dass diese innere Einheit schon 1934 eine auf SA-Schlägertruppen, SS-Terror, Gestapo-Überwachung und eine durch die Inhaftierung von politisch Andersdenkenden in Konzentrationslagern errichtete Einheit war, hatte ihn offensichtlich nicht weiter gestört.

Auf der Website der Stadt Bonn steht: »Die Ehrenbürgerwürde ist die höchste Auszeichnung, die die Stadt Bonn verleiht. Mit ihr werden Personen geehrt, die sich in herausragender Weise für die Stadt verdient gemacht haben«. Was also ist es, was Hindenburg für diese hohe Auszeichnung, die die Stadt Bonn 1933 ihm gemeinsam mit Adolf Hitler verleihen hatte, qualifiziert?

Michael Paetau, Dr., ist Soziologe und erster Vorsitzender des Vereins Wissenskulturen e.V. (<http://www.wissenskulturen.de>)

11 Hindenburgs Testament S. 6, zit. bei Pyta 2007, S. 863